

Zuwanderer in der Stadt

Zum Zusammenleben gibt es keine Alternative

Unsere Autorin besuchte den Kongress „Zuwanderer in der Stadt – Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ Mitte Februar in Berlin.

Carola Scholz

Unterstützt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung haben sich Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW – Bundesverband Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik und Institut für Wohnungswesen, Immobilien-

vorlegen, die nun in den Netzwerk-Kommunen erprobt werden sollen.

In allen Ländern mit starker Einwanderung konzentrieren sich Zuwanderer in bestimmten Wohnquartieren. Dies kann für Neuankommeling positiv sein: das Quartier als Auffangstation, die dem Ein-

schung zu steuern. Sehr erfolgreich, so die Referenten des Expertenforums, seien sie damit nicht gewesen.

Soll man das Prinzip Durchmischung aufgeben?

Die Experten vermeiden ein klares Ja oder Nein und unterscheiden zwischen freiwilliger und gezwungener Segregation. Walter Siebel betont, dass Segregation eine notwendige Stufe auf dem Weg zur Integration sein könne. Um zu verhindern, dass Quartiere zur Falle werden, müsse die Stadtgesellschaft die Türen offen halten. Der geschäftsführende Vorstand der Schader-Stiftung, Christoph Kulenkampff, empfiehlt, ethnisch geprägte Wohnquartiere zu akzeptieren und sich von der Hoffnung einer Steuerung zu verabschieden. Integration könne dennoch gelingen, indem die Quartiere nicht diffamiert, sondern die Strukturen im Stadtteil verbessert werden, indem die ethnischen Ökonomien gefördert und Freiräume zur Selbstorganisation geschaffen werden. GdW-Präsident Lutz Freitag will dagegen am Prinzip der Durchmischung von Quartieren festhalten. Quote und Steuerung helfen zwar nicht, dennoch möchte er den Einfluss der Wohnungswirtschaft auf die Belegung von Beständen und die damit verbundenen begrenzten Steuerungsmöglichkeiten nicht verlieren.

Bildung, Beteiligung und Migrantenökonomie werden in den Empfehlungen hervorgehoben. Die kommunale Schulentwicklungsplanung müsse sich besonders mit der Schule im Quartier befassen und dafür sorgen, dass gerade die Schulen mit hohen Zahlen an Migrantenkindern besonders gut ausgestattet werden. Partizipation und aktive Interessenvertretung wirkten ebenfalls integrationsfördernd. Die Kommunen sollten zunächst für eine bessere Nutzung der Mitsprache- und Vertretungsmöglichkeiten der Zuwanderer werben und eine gute Kooperation mit den Migrantenorganisationen anstreben. Vor allem sollten die Städte in kommunalen Integrationskonzepten partnerschaftlich mit den Organisationen ein Leitbild entwickeln und dieses dann deutlich und offensiv vertreten, um Ressentiments und Vorurteilen entgegenzuwirken.

Carola Scholz ist ehrenamtliche AKP-Redakteurin.

www.zuwanderer-in-der-stadt.de



In vielerlei Hinsicht ein Bild aus einer "Parallelgesellschaft"...

Foto: AKP

wirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum seit Januar 2004 zum Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ zusammengeschlossen. Tragende Säulen sind ein mit Wissenschaftlern und Praktikern besetztes Expertenforum sowie ein Praxisnetzwerk aus acht kooperierenden Großstädten. Der Kongress in Berlin sollte die erste Arbeitsphase abschließen und Empfehlungen

wanderer als Brücke zwischen alter und neuer Welt auf dem Weg zur Integration dienen kann. Räumliche Konzentration ist negativ, wenn sie zu Abschottung gegenüber dem Einwanderungsland führt und die soziale und wirtschaftliche Isolation für mehrere Generationen bedeutet. Deutsche Städte haben in der Vergangenheit immer wieder versucht, Segregationsquartiere zu verhindern und Mi-